

Nr. 16/10 vom 21.06.2016

European Energy Colloquium

Wie kann es gelingen, die Non-ETS-Sektoren stärker in das europäische Klimaschutzregime zu integrieren?

Brüssel. Knapp 60 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen fallen nicht unter den EU-Emissionshandel. Der größte Anteil an diesen Non-ETS-Sektoren ist dem Verkehrssektor zuzuordnen, der für rund ein Viertel der gesamten EU-Emissionen verantwortlich und dessen Ausstoß seit 1990 um über 20 Prozent gestiegen ist. Im Rahmen des „European Energy Colloquium“ am 15. Juni 2016 diskutierte das Forum für Zukunftsenergien über Möglichkeiten, den Verkehrssektor als Beispiel auch für andere Non-ETS-Sektoren stärker in das europäische Klimaschutzregime zu integrieren.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Paris orientiere sich die derzeitige Regulierung des Non-ETS-Sektors an dem „EU-Klima- und Energierahmen 2030“, berichtete Dr. Bernd Biervert, stellvertretender Kabinettschef des für die Energieunion zuständigen Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič und ehrenamtlicher Vorsitzender des „European Energy Colloquium“. Das bedeute für das Jahr 2030 die Verpflichtung zur Reduzierung der Emissionen im ETS-Sektor im Vergleich zum Jahr 2005 um 43 Prozent und im Non-ETS-Bereich um 30 Prozent. Diese pauschalen Festlegungen präzisieren momentan die „Effort Sharing Decision“, die für die einzelnen Mitgliedstaaten jährlich geltende Ziele festlegt. Dem Verkehrsbereich komme dabei eine besondere Rolle zu, da dieser zu 94 Prozent von Mineralöl abhängt, das zu 90 Prozent importiert werde. Eine Senkung des CO₂-Ausstoßes schaffe daher gleichzeitig eine Verminderung von Importabhängigkeiten. Noch vor der Sommerpause wolle die Europäische Kommission eine „Mitteilung zur Dekarbonisierung des Verkehrs“ vorlegen. Darin werde durch die Verpflichtung zum verstärkten Einsatz von Elektrofahrzeugen und neuen Biotreibstoffen der Übergang zu CO₂-freien oder CO₂-ärmeren Treibstoffen forciert. Zweitens bilde die Fahrzeugeffizienz ein wichtiges Thema, insbesondere durch die Festsetzung von Grenzwerten nach 2020 sowie die Einführung von CO₂-Standards für LKW. Schließlich werde die Forderung nach besserem Management und Gebrauch von Transportmitteln in dieser Mitteilung verankert.

In der effizienteren Koordinierung des Verkehrs, aber ebenso in der Anpassung von Verhaltensweisen sah auch Khurram Gaba, Policy Planning Executive, ExxonMobil Petroleum & Chemical, große Einsparpotenziale. Zusätzlich müsse sichergestellt werden, dass die Senkung von Treibhausgasemissionen kosteneffizient erfolge. Zur Erreichung dieser Ziele skizzierte er ein marktbasierendes Regulierungsmodell, bei dem an der Tankstelle eine Gebühr für Treibhausgasemissionen erhoben werde, die sich an den Zertifikatspreisen des EU ETS orientiere. Dieses Vorgehen biete im Vergleich zu einer Integrierung des Verkehrssektors in den EU ETS den Vorteil, dass unterschiedliche Sektoren (z.B. Industrie und Straßenverkehr) nicht mit dem gleichen Werkzeug reguliert würden und ein von der Industrie befürchteter Aufkauf von Zertifikaten zugunsten des Verkehrssektors vermieden werde. Außerdem schlug er vor, dass ein Markt eingerichtet werden könnte, auf dem der ETS- und Non-ETS-Sektor Zertifikate handeln können.

Ralf Diemer, Leiter des Brüsseler Büros, Verband der Automobilindustrie, sprach sich für eine Integrierung des Verkehrssektors in den EU ETS aus. Dies hätte gegenüber der existierenden Grenzwertregelung, die nur Neuwagen und somit derzeit 2 Prozent der CO₂-Emissionen im Straßenverkehr betreffe, den zusätzlichen Vorteil, auch den Bestand an älteren Fahrzeugen regulieren zu können. Außerdem würden dadurch weitere Faktoren einbezogen, wie beispielsweise eine Effizienzsteigerung über das Fahrverhalten. CO₂-freie Anteile von Treibstoffen müssten bei der Bepreisung entsprechend berücksichtigt werden. Angesichts der hohen CO₂-Vermeidungskosten im Fahrzeugsektor von ungefähr 300 Euro pro Tonne CO₂ kritisierte er eine weitere Verschärfung der Grenzwertregelung, da diese die Branche in die Elektrifizierung zwingen würde. Dabei gelte es zu beachten, dass es im EU-Automobilsektor geschlossene Lieferketten gebe, bei Batterien dies jedoch nicht der Fall sei. Weiter verwies er darauf, dass aufgrund ihrer höheren Kosten die Elektromobilität derzeit nur Verbreitung finde, sofern der Staat umfangreiche Unterstützung biete. Dies gelte beispielsweise für Norwegen, wo bereits ein Drittel der Fahrzeuge mit Strom fahre.

Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, moderierte die anschließende Podiumsdiskussion, an der neben Dr. Bernd Biervert die Europaabgeordneten Herbert Reul (EVP) und Claude Turmes (Grüne/EFA) teilnahmen. Reul kritisierte, dass die Politik ganz generell zu viele Vorgaben mache. Auf politischer Ebene zu entscheiden, wie Autos gebaut werden müssten lehnte er ab. Der alternative Ansatz, bei dem der Industrie lediglich ein Ziel gesetzt werde, sei derzeit im Europäischen Parlament in diesem Fall allerdings nicht mehrheitsfähig. Turmes wies darauf hin, dass der EU ETS im Moment nicht richtig funktioniere und daher weitere Anstrengungen unternommen werden müssten, um den CO₂-Ausstoß zu senken. Er sprach sich dafür aus, die Innovationsanstrengungen der Industrie mit einem entsprechenden Fond zu begleiten. Dr. Biervert verwies auf bereits unternommene Versuche, den CO₂-Ausstoß zu bepreisen, was jedoch aufgrund der benötigten Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten gescheitert sei.

Die Präsentationen von Khurram Gaba und Ralf Diemer stehen für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der General Electric Deutschland Holding GmbH für die Unterstützung und der Landesvertretung Rheinland-Pfalz für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Gregor J. Weber M.A.
Referent
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
weber@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de